

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973  
1950**

251 (11.11.1950)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Elbgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 11. November 1950

Nr. 251

## Zuckergesetz einstimmig angenommen

Bonn (UP). Der Bundesrat stimmte am Freitag dem Entwurf eines Zuckergesetzes einstimmig zu, in dem die Versorgung mit inländischem Zucker, der Anbau, Absatz und die Preisregelung sowie die notwendige Zuckereinfuhr geregelt wird. Damit wurde nach dem Getreidegesetz das zweite agrarpolitische Gesetz des Bundes durch die Länder gebilligt. Der Gesetzentwurf für die Errichtung eines Bundeskriminalamtes ging zur Klärung einiger strittiger Punkte an den Vermittlungsausschuss.

Die erste Beratung des Entwurfs einer Gebührenordnung für die Benutzung der Bundesautobahnen sowie die Beratung des Treibstoffsteuergesetzes wurden von der Tagesordnung abgesetzt, um den Landeskabinetten die Möglichkeit zur weiteren Beratung zu geben.

## Um die Grundstoffpreise

Das Bundeskabinett wird sich nach Mitteln aus Regierungskreisen in einer Sonderberatung mit den Anträgen auf Erhöhung der Grundstoffpreise befassen. Die deutsche Kohlenbergbauleitung hatte bereits vor einer Woche die Erhöhung der Kohlenpreise beantragt, die wegen der am Freitag beschlossenen Lohn erhöhungen im Bergbau voraussichtlich mit Vorrang behandelt werden. Nuncmehr hat auch der Schrotthandel beim Bundeswirtschaftsministerium eine Erhöhung des Schrottpreises um 30 Prozent pro Tonne gefordert. Von den Mitgliedern der zuständigen Bundestagsausschüsse wurde in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit von Maßnahmen hingewiesen, die einen allzu starken Ausverkauf der deutschen Grundstoffe im Zuge der allgemeinen Rüstungskonjunktur in den westeuropäischen Staaten verhindern sollen.

## Erneuerung früherer Staatsverträge

Bundesregierung bereitet Vorschläge vor  
Washington (UP). Die alliierte Hohe Kommission für Deutschland hat die Bundesrepublik und andere interessierte Staaten aufgefordert, die Hohe Kommission über Staatsverträge des früheren deutschen Reiches in Kenntnis zu setzen, an deren Wiederinkrafttreten die betreffenden Länder interessiert sind. Dieser Schritt beruht auf den Beschlüssen der New Yorker Außenministerkonferenz vom vergangenen September und wird als weiterer Schritt zur Einbeziehung der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Nationen betrachtet. Die Bundesregierung bereitet zur Zeit eine Liste von Verträgen und Abkommen aus der Vorkriegszeit vor, auf deren Wiederinkrafttreten sie Wert legt.

## Westdeutschland in der FAO

Israel widersetzte sich der Aufnahme  
Washington (UP). Die Deutsche Bundesrepublik und Spanien wurden am Freitag als Mitglieder in die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) aufgenommen. Die Aufnahme der Bundesrepublik wurde von den Mitgliedern mit 42 gegen neun Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen. Den heftigsten Widerstand gegen die Aufnahme der Bundesrepublik leistete der Delegierte Israels, der erklärte, daß „der böse Geist des Nazismus in Deutschland wieder sein Haupt erhebe.“ Mit 46 gegen 2 Stimmen wurde ferner die Aufnahme von Vietnam und Kambodscha beschlossen.



Starkes Interesse für Bonner Debatten

Nach der Aussprache über die Aufstellung einer Bereitschaftspolizei brachte der zweite Tag der außerordentlichen Sitzungsperiode des Bundestages mit der von Bundeskanzler Dr. Adenauer verlesenen außenpolitischen Erklärung der Bundesregierung und der anschließenden achtstündigen Debatte darüber den vorläufigen Höhepunkt. Fast immer sind die Presse- und Zuschauertribünen des Plenums bis auf den letzten Platz gefüllt — ein Zeichen für das Interesse, das den für Deutschland lebenswichtigen Beratungen entgegengebracht wird.

## Scharfe Ueberprüfung des Bundesetats

„Riesige Anstrengungen“, erklären Regierungsparteien — Heftige Kritik der SPD

Bonn (UP). In der Freitagssitzung des Bundestages setzten sich die Parteien mit dem Haushaltsplan auseinander, wobei der CDU-Abgeordnete Dr. Bausch erklärte, daß es bewundernswert sei, mit welcher Sachlichkeit und mit welchen Anstrengungen sich die Bundesregierung bemühe, dem Volk die Folgen des „größten Staatsbankrotts der Geschichte“ zu erleichtern. Breiten Kreisen des Volkes sollen die Zahlen des Haushaltsplanes bekannt werden, damit endlich die riesigen Anstrengungen erkannt werden könnten, die zur Erfüllung der sozialen Verpflichtungen notwendig seien.

Demgegenüber kritisierte der Abgeordnete Schöttle als Sprecher der SPD-Fraktion die Wirtschaftspolitik der Regierung heftig. Schöttle wandte sich gegen die „Politik der Restauration“ und verlangte, daß man in der Wirtschaftspolitik die gewandte soziale Schichtung des deutschen Volkes berücksichtige und nicht so tue, „als ob“ Deutschland noch wirtschaftlich stark sei. Der sozialdemokratische Redner gab zu, daß sich auch die veränderte internationale Situation auf die Wirtschaftslage im Bundesgebiet ausgewirkt habe, bemängelte jedoch, daß die Bundesregierung sich nicht fähig gezeigt habe, durch vorausschauende Planung „Shocks“ aufzulösen. Schöttle, der auch die Personalpolitik der Regierung im Zusammenhang mit der Heranziehung ehemaliger Militärs kritisierte,

kündigte an, daß die SPD eine Überprüfung der gesamten Bundesverwaltung durch den Bundesrechnungshof fordern werde.

Im weiteren Verlauf der Debatte forderte der FDP-Sprecher Dr. Weillhausen die baldige Schaffung eines Außenministeriums und den Ausbau der Presse- und Informationsstelle.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Bertram warf dem Bundesfinanzminister vor, daß der vorgelegte Haushaltsplan keinerlei Reserven enthalte. Er forderte größere Sparsamkeit. Der Abgeordnete Staatsrat Seelos (Bayernpartei) setzte sich mit der Höhe der Besatzungskosten auseinander und machte der Regierung zum Vorwurf, daß sie nicht schon früher Unterlagen gesammelt habe, um diesen Punkt anzugreifen. Mit der bedrohlichen deutschen Devisenlage befaßte sich der DP-Sprecher Dr. Mühlensfeld, der besonders beanstandete, daß die EPU der Bundesrepublik mit ihren 45 Millionen Einwohnern nur ein Kreditvolumen von 320 Millionen Dollar eingeräumt habe, während Frankreich mit seiner etwa gleich starken Bevölkerung 520 Millionen und Holland 330 Millionen Dollar zugebilligt worden seien.

Nach weiteren kritischen Äußerungen oppositioneller Redner endete die siebenstündige Debatte mit der Verweisung der Etatsvorlage an den Haushaltsausschuß des Bundestages.

## Sicherheit kostet Milliarden

Erhöhung der Besatzungskosten auf 7 Milliarden DM? — Insgesamt 50 Divisionen geplant

Frankfurt (UP). Von gut informierten alliierten Seite wurde einem Korrespondenten der UP mitgeteilt, daß der deutsche Beitrag für die alliierten Truppen zur Verteidigung Europas sich Ende November auf etwa die Hälfte des gesamten deutschen Bundeshaushalts belaufen werde.

„Deutschland wird der Tatsache Rechnung tragen müssen, daß Verteidigung eine kostspielige Angelegenheit ist. Es ist aber noch teurer ohne Verteidigung zu sein“, sagte der Beamte und fügte hinzu, daß Deutschlands Anteil an der Rechnung für die zusätzlichen alliierten Streitkräfte, die die Bundesrepublik erbten habe, wahrscheinlich noch vor dem 1. Dezember von den Hohen Kommissaren in Bonn überreicht werde. Es dürfte sich um etwa 2,5 Milliarden DM an zusätzlichen Kosten für die letzten fünf Monate des Rechnungsjahres 1950/51 handeln. Wenn man diese 2,5 Milliarden DM zu den bisherigen Besatzungskosten von etwa 4,5 Milliarden hinzurechnet, erhält man die runde Summe von 7 Milliarden, was mehr als die Hälfte des gegenwärtigen Bundeshaushalts ausmacht, der sich auf etwa über 13 Milliarden DM beläuft.

## Alliierte Berechnungen

Von alliierter Seite wurde dazu erklärt, daß diese wohl beträchtliche Summe für die Verteidigung immer noch unter 10 Prozent des Sozialprodukts der Bundesrepublik ausmache. Demgegenüber betrage das Verteidigungsbudget der USA, das sich auf etwa 50 Milliarden Dollar beläuft, zwischen 16 und 20 Prozent des Sozialprodukts. Großbritannien stelle

12 bis 15 Prozent seines Sozialprodukts für Verteidigungszwecke bereit.

Der alliierte Beamte betonte ferner, es sei „unrealistisch“, wenn die Bundesregierung wiederholt um eine Verstärkung der Truppen gebeten, sich aber nicht bereit erklärt habe, die erhöhten Kosten dafür auf sich zu nehmen. Wenn die Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und Frankreich über die deutschen Truppenkontingente für die Europa-Armee nicht Zeit gekostet hätten, wäre die Rechnung für die Verstärkung der Truppen sofort nach der Aufforderung an die Bundesrepublik zur Teilnahme an der Verteidigung Europas gekommen. Wenn diese Aufforderung aber ergangen wäre und die Bundesregierung sie angenommen hätte, wäre sie verpflichtet, weitere Ausgaben für die deutschen Einheiten zu tragen. Sie würde dann auf eine Gesamtsumme von etwa zehn Milliarden DM an Verteidigungsausgaben kommen, was etwa zehn Prozent des deutschen Sozialprodukts betragen würde. Mit dieser Summe müßte die Bundesregierung für das Rechnungsjahr 1951/52 als Beitrag für die Verteidigung Europas rechnen.

## 20 Milliarden für Soldaten?

Aus derselben Quelle verlautet, daß für die Verteidigung Westeuropas 50 Divisionen aufgestellt werden müssen. Sie sollen unter dem Oberbefehl General Eisenhowers stehen und bis Ende 1952 aufgestellt sein. Es soll sich um 20 französische Divisionen, 10 amerikanische, 10 deutsche, fünf britische und fünf Divisionen der kleineren Staaten handeln. Die Kosten werden mit etwa 20 Milliarden Dollar veranschlagt, 400 Millionen Dollar für jede Division. Davon würden die USA die Hälfte übernehmen, die restlichen zehn Milliarden Dollar sollten unter den anderen Staaten des Nordatlantikkpakts verteilt werden: Drei Milliarden Dollar soll Großbritannien übernehmen, die deutsche Bundesrepublik und Frankreich je 2,5 Milliarden Dollar, die kleineren Staaten zusammen zwei Milliarden Dollar.

Der Beamte wies darauf hin, daß diese Notwendigkeit für die deutsche Bundesregierung eine schwere Belastung bedeute. Gegenwärtig prüfe die Regierung in Bonn einen Acht-Punkte-Finanzplan, der von der europäischen Zahlungsunion empfohlen sei.

## Eisenhower: Mit Deutschland

General Eisenhower erklärte in einer Pressekonferenz, daß Deutschland „in der einen oder anderen Form“ an der Verteidigung Europas teilnehmen muß. In einem Vortrag sagte Eisenhower, daß die Wiederbewaffnung Deutschlands eine „politische“ sei, denn „Deutschland ist in der Vergangenheit zwei Mal unser Feind gewesen“.

## Drei jugoslawische Geistliche exkommuniziert

Die Konzilskongregation gab die Exkommunikation dreier jugoslawischer Geistlicher bekannt, die beschuldigt werden, den kirchlichen Gesetzen und den Anordnungen ihrer Bischöfe nicht gehorcht zu haben.

317 950 Personen suchten Asyl. Rund 117 950 Flüchtlinge aus der Ostzone sind von Anfang dieses Jahres bis zum 15. Oktober in den Durchgangslagern Gießen und Ulm registriert worden. Von ihnen konnten aber nur 22 522 Personen als Flüchtlinge anerkannt werden.

## „Deutsche gegen Deutsche?“

In den Rahmen der geistigen Auseinandersetzung über die Frage eines deutschen Beitrages zur europäischen Verteidigung gehört unstreitig jeder Appell an die nationale Gemeinsamkeit, der in der Forderung „Deutsche dürfen nie gegen Deutsche kämpfen“ seinen Ausdruck findet. Der starke Widerhall, den gerade diese Formulierung immer wieder findet, zeigt, wie sehr damit ein tief eingewurzelt Gefühl angesprochen wird. Man kann dieser Forderung eine geradezu selbstverständliche Überzeugungskraft zusprechen. Blutsverwandte und Freunde wohnen diesseits und jenseits der Zonengrenzen, und die seit Jahrhunderten bestehende Gemeinschaft des Lebens und der Erinnerungen kann kein willkürlich errichteter „Eiserner Vorhang“ gegenstandslos machen. Wie sollte unter diesen Umständen ein Volk auf eine auch nur entfernte Möglichkeit eines Krieges, der im buchstäblichen Wortsinn ein Bruderkrieg sein würde, anders reagieren als durch die Anstrengung, alles zu tun, was diese wahrhaft grauenvolle Eventualität ausschließen könnte?

Und doch kann das, was als Mahnung an alle, die irgendwie für die Entwicklung der deutschen Dinge verantwortlich sind, zutiefst berechtigt, ja unumgänglich notwendig ist, auch zu einem gefährlichen, weil irreführenden Schlagwort werden. Das ist dann der Fall, wenn dieser Warnung gewollt oder ungewollt der Sinn beigelegt wird, es könne die nationale Gemeinsamkeit diesseits und jenseits der Zonengrenzen sich als Faktor erweisen, der aus eigener Kraft in der Lage sein würde, die Möglichkeit eines Bruderkrieges auszuschließen.

Dem deutschen Nationalgefühl, überhaupt einem nationalen Gemeinschaftsbewußtsein, heute noch eine solche Stärke zuzusprechen, heißt blind sein. Gegenüber der nivellierenden Kraft bestimmter Ideologien ist die Übereinstimmung von Abstammung und Sprache immer das weitaus schwächere Moment gewesen. Dies muß heute in noch stärkerem Maße gelten, seitdem der Gleichklang des geschichtlichen Erlebens — einst die stärkste nationale Klammer — weitgehend verschwunden ist. So bedeutet es keine Geringschätzung des deutschen Nationalbewußtseins, wenn man dem gemeinsamen Deutschtum hüben und drüben nur sehr bedingte Kräfte zuweist, sobald es mit einer Ideologie von solcher Ausschließlichkeit der Ansprüche, wie der Kommunismus sie vertritt, in Widerspruch geraten würde.

Der Einwand liegt nahe, daß die Mahnung „Deutsche nie gegen Deutsche“ an eine ganz andere Adresse gerichtet sei: An die Masse der ostzonalen Deutschen, deren Deutschtum noch nicht unter einer Ideologie Moskauer Prägung begraben ist. Aber bedarf es ihnen gegenüber einer Mahnung zur Besinnung auf ihre nationale Pflicht? Selbst wenn das System, unter dem sie leben müssen, auch die Widerstrebenden in die Reihen seiner bewaffneten Verbände ziehen würde, wüßten sie um ihre nationale Pflicht.

Auch der Ruf nach einer gesamtdeutschen Neutralität, die doch die einzig mögliche Konsequenz wäre, wenn dem Grundsatz „Deutsche nie gegen Deutsche“ praktische Bedeutung verliehen werden soll, hat vor der Ideologie des Bürgerkrieges nur geringe Erfolgsaussichten. Er läßt die viel näher liegende und keineswegs weniger verberbliche Möglichkeit eines innerdeutschen Bruderkrieges völlig außer acht. Neutralität gegenüber klar erklärten Bürgerkriegstendenzen kann immer nur in völliger Unterwerfung, in restloser Selbstaufgabe bestehen. Aber kann man, wenn man dazu rät, sich wirklich auf seine nationale Verantwortlichkeit berufen?

Der Grundsatz, daß Deutsche nie gegen Deutsche kämpfen sollten, ist eine Mahnung, deren tiefen Ernst sich niemand entziehen kann, dem sein Deutschtum noch etwas bedeutet. Aber der Weg, um dieser Mahnung und Warnung Realität zu geben, kann mit ebenso gutem Recht in einer Stärkung des westlichen Abwehrwillens und der westlichen Abwehrbereitschaft gesehen werden.

## Dänisches Königspaar besucht Frankreich

König Frederik und Königin Ingrid von Dänemark werden vom 28. November bis zum 1. Dezember Frankreich einen Staatsbesuch abstatten.

Demontage bei Blohm und Voß beendet. Die Demontagerbeiten bei der Schiffwerft Blohm und Voß in Hamburg sind abgeschlossen. Das Gelände der Werft ist für produktive Zwecke freigegeben worden.

Gesetzliche Regelung für Baukostenzuschüsse erörtert. Die Frage einer gesetzlichen Regelung der Baukostenzuschüsse wird zur Zeit von den zuständigen Bundestagsausschüssen erörtert.



Zufahrtsstraßen nach Westberlin gesperrt

Berlin (UP). Sämtliche von der Sowjetzone nach Westberlin führenden Verkehrsstraßen wurden in den letzten Tagen von den Sowjets sowie der Volkspolizei durch Barrikaden, gefällte Bäume, Drahtverhau und Schlagbäume gesperrt. Über die Gründe der neuen Maßnahmen ist noch nichts Näheres bekannt.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, dürfen auch alle in Potsdam wohnhaften Minister und leitenden Persönlichkeiten der Sowjetzone nicht mehr die Durchfahrtsstraßen durch Westberlin benutzen, sondern müssen eine 70 km-Umleitung durch die Sowjetzone über Königswusterhausen nach Ostberlin benutzen. Gleiche Maßnahmen wurden auch an allen zwischen Ost- und Westberlin bestehenden Durchfahrtsstraßen von der Ostberliner Volkspolizei getroffen.

Umfassende Stromabschaltungen für die privaten Haushalte der Sowjetzone wurden von der Hauptabteilung Energie des Ministeriums für Industrie der Sowjetzone angekündigt, weil ein Viertel bis ein Drittel der gesamten Sowjetzonen-Kraftwerkleistung allein für den Lichtbedarf der Bevölkerung aufgewendet werden müßte, was mit dem gestiegenen Bedarf der Sowjetzonen-Industrie nicht zu vereinbaren sei.

Ein Abkommen über den Austausch von Fernstrom zwischen Westdeutschland und der Sowjetzone wurde am Freitag von Vertretern der Bundesrepublik und Botschaftern der Ostzone in Berlin unterzeichnet. Die Sowjetzone wird demnach vom 16. November an täglich 400.000 Kilowattstunden nach Westberlin liefern. Die gleiche Menge sendet das Hamburger Kraftwerk nach Mecklenburg. Dieses neue Abkommen schafft die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Besprechungen über den Interzonenhandel.

Grotewohl verhandelt

Der mit der Regierungs-Neubildung beauftragte Ministerpräsident Grotewohl (SED) hat mit verschiedenen Politikern aus der Sowjetzone Verhandlungen begonnen. Als neue stellvertretende Ministerpräsidenten der Sowjetzone sind der SED-Generalsekretär Ulbricht, der Vorsitzende der Ost-CDU, Nuschke, der Vorsitzende der „National-Demokratischen Partei“ der Sowjetzone (NDP), Bohl, der bisherige Minister für Planung, Bau (SED) sowie der bisherige Sowjetzonen-Finanzminister Dr. Loch (Ost-LDP) vorgesehen. In der Leitung verschiedener Ministerien sind personelle Veränderungen vorgesehen.

Um die Geldquellen der Bayernpartei Bisher keine Klärung der Frage

Bonn (UP). Liegen die Geldquellen der Bayernpartei vielleicht zum Teil in Portugal, Spanien oder Frankreich? Diese Frage versucht der Spiegelausschuß in seiner Freitagssitzung zu klären. Der Zeuge Donhauser will wissen, daß der ebenfalls schon als Zeuge vernommene ehemalige Schatzmeister der Bayernpartei, der Generalkonsul Schmidhuber, über finanziellen Rückhalt in verschiedenen ausländischen Staaten, so in Portugal und Spanien, verfüge. Auf den Einwand eines Ausschußmitgliedes, daß ein Deutscher gegenwärtig nicht über seinen ausländischen Geldbesitz verfügen könne, meinte Donhauser: „Na, vielleicht sind's Familienmitglieder von ihm.“ Eine Klarstellung, ob aus diesen Quellen Gelder nach Bayern geflossen sind, konnte nicht erreicht werden.

„Bonn ist das Stalingrad Bayerns“, diese Äußerung machte laut Donhauser das ehemalige Ausschußmitglied Eichner, ebenfalls ein Angehöriger der Bayernpartei, auf einer Parteiversammlung in seiner Heimat. Auch im weiteren Verlauf der Freitagssitzung konnte der Ausschuß keine Klärung der Frage erreichen, ob Gelder, die mit politischer Zweckbestimmung gegeben worden sind, für private Geschäfte Verwendung gefunden haben.

PETER SCHELLINGS EROBERUNG

ROMAN von Margarete Eiser

12. Fortsetzung

„Ein Unglück, glaub' es mir unter dem UI sehr gelitten hat!“

„Erzähle!“

Brigitte erzählte folgsam fast wörtlich, was sie von Dr. Mittler gehört hatte. Und Tante Rose saß ganz still. Es arbeitete zwar mächtig auf ihrem ausdrucksvollen Gesicht — aber es war, als fehlte ihr die Kraft zu einem ihrer temperamentvollen Ausbrüche.

Sie strich Brigitte nur leicht über das erhitze Gesicht und stand dann auf, um fortzugehen: „Ich danke dir, Brigitte, du bist ein tapferes Mädel! Ihr tut mir leid, Maria auch! Ihr könnt ja beide nichts dafür!“

Mit ganz kleinen wankenden Schritten schob sie ihre schwere Gestalt dem Ausgang zu. Plötzlich kehrte sie um und blieb mit funkelnden Augen vor Ulrich Dornes Bild stehen.

Ihre Stimme klang ganz fremd. Ein armes gefoltertes Menschenherz schrie seinen Haß hinaus: „Danke! Göttern Gott — du — daß du nicht heilhaftig vor mir stehst!“

Ehe Brigitte ahnte, was die Tante vorhatte, riß sie mit übernatürlicher Kraft das Bild von der Wand und schleuderte es krachend in eine Ecke. Ohne sich weiter um etwas zu kümmern, ging Rose Frey dann schnell aus dem Hause.

Brigitte war zusammengerückt. Einen Augenblick nur hatte sie der Tante nachgesehen. Sie rührte nicht die Hand, um die rasend ergrimmte Frau aufzuhalten. Mit zitternden Knien ging sie zu dem mißhandelten Bild und hob es behutsam auf.

In dem Augenblick kam Maria. Erschreckt sah sie auf das Bild ihres Mannes, das schief im zertrümmerten Rahmen hing.

„Was machst du mit Ulls Bild?“

„Nichts!“

„Gittl — willst du mich quälen? Wo ist Tante Rose?“

Revision der US-Außenpolitik?

Taft stellt Truman drei Fragen — Die Westeuropäer und ihre Verteidigung

Washington (UP). Der republikanische Senator Taft hat die Absicht, zwecks Schaffung einer Grundlage für die eventuelle Revision der Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Präsident Truman die Beantwortung der folgenden drei Fragen zu fordern:

1. Wieviele amerikanische Soldaten werden zur Verteidigung Westeuropas benötigt und wie hoch sind die Kosten der Vereinigten Staaten für diesen Zweck?
2. Kann Westeuropa wirklich verteidigt werden?
3. Wie wird ein dritter Weltkrieg aussehen und auf welche Weise will der Westen ihn gewinnen?

Es wird allgemein erwartet, daß Taft Präsident Truman den Vorwurf machen wird, für die Selbstverteidigung der USA zu wenig getan zu haben. Sollte sich Taft entschließen, Trumans Unterstützung Westeuropas gutzuheißen, dann sicherlich nur unter der Voraussetzung, daß die Westeuropäer selbst mehr für ihre eigene Verteidigung tun. Taft dürfte beispielsweise unzufrieden sein mit der Weigerung Großbritanniens, sich am Schuman-Plan zu beteiligen. Er dürfte auch die französischen Vorbehalte gegen die deutsche Wiederbewaffnung als nicht stichhaltig ansehen.

Eine Frau tritt neben Marshall

Der amerikanische Verteidigungsminister Marshall gab bekannt, daß er Präsident Truman die Ernennung von Mrs. Anna M. Rosenberg zum stellvertretenden Verteidigungsminister vorgeschlagen habe. Mrs. Rosenberg steht im Alter von 48 Jahren und arbeitete lange Zeit an dem „New Deal“-Programm des verstorbenen Präsidenten Franklin D. Roosevelt mit. Sie ist naturalisierte Ungarin.

Westliche Proteste an Moskau

Gegen sowjetische Eingriffe in Österreich. Washington (UP). Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich beschuldigen die sowjetische Regierung am Freitag in gleichlautenden Protestnoten der Verletzung

des Viermächte-Kontrollabkommens über die Besetzung Österreichs.

Wie das US-Außenministerium bekanntgab, habe der amerikanische Botschafter, Kirk, beim sowjetischen Außenministerium mit allem Nachdruck gegen die Entstellung „der klaren Sprache und der Absicht des Kontrollabkommens“ durch den sowjetischen Vertreter beim alliierten Kontrollrat für Österreich Protest eingelegt. Gleichlautende oder ähnliche Noten seien von den Botschaftern Großbritanniens und Frankreichs überreicht worden.

Nach einer Meldung aus Wien beschuldigte der neue amerikanische Hohe Kommissar für Österreich, Botschafter Donnelly, die sowjetischen Besatzungsbehörden schwerer Eingriffe in den innerpolitischen Verfügungsbereich der österreichischen Regierung. Der Kontrollrat diskutierte den österreichischen Protest gegen das Eingreifen des sowjetischen Kommandanten von Wien, der sich gegen die Entlassung von fünf kommunistischen Polizeioffizieren verwehrte, denen von seiten der österreichischen Regierung dienstliche Verfehlungen bei der Niederschlagung der kürzlichen Unruhen zur Last gelegt worden. Donnelly bezeichnete die Haltung des sowjetischen Kommandanten als eine Verletzung des Viermächte-Kontrollabkommens — eine Verletzung, die sich auch auf andere Gebiete erstreckte.

Der sowjetische Hohe Kommissar, Generalleutnant Swiridow, begründete seine Maßnahmen in der sowjetisch-besetzten Zone als Gegenaktion gegen die „unterdrückter Methoden“, die von der österreichischen Regierung gegen die „demokratischen Elemente in der Bevölkerung“ durchgeführt würden.

Benachteiligt Österreich deutsche Einfuhr?

Nach Mitteilungen aus dem Bundestagsausschuß für Außenhandelsfragen hufen sich die Fälle, in denen österreichische Behörden Einfuhrzölle für deutsche industrielle Güter verweigern.

Truppenmassierungen in Korea

Immer noch „Ruhe vor dem Sturm“ — Geländegewinne der UN-Streitmacht

Tokio (UP). Seit der chinesisch-nordkoreanischen Großoffensive der vergangenen Woche haben noch immer keine nennenswerten Gefechtsberührungen stattgefunden. Die Verbände der Vereinten Nationen benutzen am Samstag (Ortszeit) die „Ruhe vor dem Sturm“, um ihre Stellungen zu verbessern, die Frontlinien zu konsolidieren und ihren Vormarsch an verschiedenen Abschnitten fortzusetzen.

Die plötzliche Massierung von Einheiten von drei kommunistischen Divisionen, vier Brigaden und zwei zusätzlichen Regimentern nördlich von Tschongtschön dürfte die Erklärung für die mehrstägige Kampftrübe an der Nordwestfront sein. Wahrscheinlich beabsichtigen die Kommunisten, bei Toktschon durch die alliierten Linien zu brechen und dann Einheiten von sechs oder sieben alliierten Divisionen, die die Front am Tschongtschön verteidigen, von hinten anzugreifen. Toktschon liegt ungefähr 73 km östlich der Mündung des Tschongtschön.

Inzwischen stieß das 7. amerikanische Marineinfanterieregiment über schwerpassierbare Bergstraßen von Pohjang an über Kotari bis auf 10 km gegen die Südspitze des großen Staubeckens von Tschongtschön vor. Vorzusatzstellungen haben das Staubecken wahrscheinlich schon erreicht, das neben dem Suhl- und dem Fudensang einer der wichtigsten Energiequellen Nordkoreas ist.

Wie ein Sprecher aus dem Hauptquartier

McArthur's mittelt, werde der Nachschub von Truppenverstärkungen über die mandchurische Grenze laufend fortgesetzt. Nach Luftaufklärermeldungen haben die Kommunisten nördlich von Toktschon am Mittelabschnitt ungefähr drei Divisionen, vier Brigaden und zwei Regimenter zusammengezogen. In Erwartung eines neuen gegnerischen Angriffes in diesem Raum sind die Nachstellungen zwischen der 2. amerikanischen und der 6. südkoreanischen Division verstärkt worden.

Inzwischen hat die südkoreanische Hauptstadtdivision ihren Vormarsch an der Ostküste in Richtung auf die wichtige Hafenstadt Tschonggin fortgesetzt. Eine Marschspitze der Division soll bereits etwa 20 km nördöstlich von Kiltschu stehen.

In einem am Freitagabend herausgegebenen Kommuniqué des nordkoreanischen Oberkommandos wird zum ersten Mal die Anwesenheit chinesischer Truppen auf dem Kriegsschauplatz angegeben. In diesem von Radio Moskau verbreiteten Kommuniqué heißt es, aus Freiwilligen bestehende chinesische Einheiten hätten der koreanischen „Volksarmee“ geholfen, „wichtige Erfolge“ zu erringen.

Ohne Billigung Mao Tse Tungs?

Wie kamen die Chinesen nach Korea? — Kommunisten verlegen Fabriken nach Norden. Washington (UP). Der Herausgeber des „New Republic Magazine“ Straight erklärte,

die Truppen der chinesischen Kommunisten seien wahrscheinlich von sowjetischen Beamten und ihren „Strohmannern in der Mandchurei“ ohne die Billigung Mao Tse Tungs nach Korea beordert worden.

Straight, der gleichzeitig der Vorsitzende des Ausschusses der amerikanischen Veteranen ist, sagte in einer Ansprache vor diesem Ausschuß, der Kommandeur der chinesisch-kommunistischen Truppen in der Mandchurei, General Lin Piao sei ein getreuer Gefolgsmann Moskaus u. sympathisiere nicht mit Mao Tse Tung. Er versicherte weiter, daß China das Risiko eines verlorenen großen Krieges nicht eingehen könne. Die Kommunisten seien mitten in einer kritischen Periode und einfach nicht in der Lage, einen großen Krieg zu führen.

Auf der anderen Seite verlautet, die chinesischen Kommunisten seien offenbar so sehr von der Absicht der Vereinigten Staaten, nach China einzudringen, überzeugt, daß sie bereits damit begonnen haben, chinesische Fabriken nach Norden zu verlegen. Auch Berichte aus der Mandchurei besagen, daß auch dort Maßnahmen zur Verlegung von Industriebetrieben durchgeführt werden.

Abzug aus Korea verlangt

Die Vereinigten Staaten und fünf andere Staaten fordern den Sicherheitsrat am Freitag auf, die kommunistische Regierung Chinas zum Abzug ihrer Truppen aus Korea zu veranlassen und ihr gleichzeitig die Garantie zu geben, daß ihre Interessen an der Grenze zwischen Korea und der Mandchurei von den Truppen der UNO respektiert werden. Der sowjetische Delegierte Jakob Malik weigerte sich jedoch, über den Resolutionsentwurf der sechs Mächte zu debattieren, solange die vom Sicherheitsrat zur Teilnahme an den Beratungen eingeladene Delegation der Peiping-Regierung nicht eingetroffen sei.

Tibet ruft UN um Hilfe

Aus gutunterrichteter Quelle verlautet, daß Tibet die Vereinten Nationen am 8. November um Hilfe gegen die Invasion des tibetischen Staatsgebietes durch chinesische Kommunisten angerufen hat. „L'Unita“, das Organ der Kommunistischen Partei Italiens, berichtet, daß die chinesischen Kommunisten am Donnerstag in Lhasa, der Hauptstadt Tibets, einmarschiert und von der Bevölkerung stürmisch begrüßt worden seien.

Ruhe in Indochina

Jetzt Druck auf Grenzfestung Dlnhlap. Saigon (UP). An den Zugangsstraßen nach der wichtigen indochinesischen Hauptstadt Hanoi ist nach einem französischen Frontkommuniqué „alles ruhig“. Hingegen wird verstärkter kommunistischer Druck auf die Grenzfestung Dlnhlap, etwa 120 km nördöstlich von Hanoi gemeldet. Ein Durchbruchversuch der Vietminh-Truppen bei Xummal, etwa 35 km südwestlich von Hanoi, im nördlichen Sektor der indochinesischen „Reiskammer“ gelegen, wurde abgewiesen.

Canaris und Engel entlasten

Hilfers Mittrauen gegen Falkenhausen. Brüssel (UP). Das belgische Tribunal, vor dem der Prozeß gegen den ehemaligen Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich, von Falkenhausen, stattfand, hörte am Freitag die entlastenden Aussagen des deutschen Generals Engel und des ehemaligen SD-Chefs in Belgien, Canaris. Engel erklärte, Hitler habe Falkenhausen stets mit Mittrauen betrachtet. Schon 1941 habe Hitler gesagt: „Falkenhausens Tage in Belgien sind gezählt.“ 1942 habe Hitler erklärt, daß Falkenhausen die Deportation der belgischen Juden „sabotiere“. Canaris erschien nicht selbst vor Gericht, sondern legte eine schriftliche Erklärung vor, in der es heißt, Falkenhausen sei stets Gegner der Nazi gewesen und habe versucht, den Belgiern mit Sympathie entgegenzutreten.

sten Tage aufzusuchen und sich ganz und gar mit ihr auszupreisen. Sie sollte aber nicht dazu kommen, denn am Abend brachte ein Bote einen Brief der alten Dame: ... Du wirst begreifen können, daß ich der Mutter des Mörders meines Sohnes nicht begegnen und nicht im Hause Talmittie aus- und eingehen kann. Auch du sollst meine Schwelle nicht mehr betreten, denn indirekt bist du doch die Ursache zu meinem großen Leid. Dorn und Frey tut nicht mehr gut miteinander. Ich verreise noch heute nacht und lasse mein Haus verkaufen. Ich würde dich nur immer an eine Schuld und du mich an das Unglück meines einzigen Kindes, an Schmerz, Haß und Rache erinnern.

Rose Frey.

Am andern Tag schon war die alte Dame tatsächlich abgereist. Maria machte sich Vorwürfe, sich zu spät entschlossen zu haben, die Tante noch einmal aufzusuchen. Alles war nach diesen neuen Aufregungen wund und weh in ihr. Ihren Groll gegen Benno mußte sie nach den Erklärungen seiner Mutter aufgeben. Er war ein Unglücklicher, und mit denen geht man nicht ins Gericht.

Tante Rose tat ihr innig leid. Zu spät machte sie sich Gewissenbisse, in ihrem egoistischen Schmerz nichts getan zu haben, um Bennos sterbliche Reste anständig zu begraben.

Tage vergingen wieder. Dummer und trüber als die letzten, und als der Postbote einen Brief brachte mit afrikanischem Stempel, da ritterte Brigitte schon das Herz vor Angst, daß er neue Aufregungen bringen könnte.

Es war ein Schreiben Ellen Engelmanns, das erste, das Maria von Moskau aus zuzug. Mit bebenden Händen öffnete sie es und las:

... Sie waren damals so krank und elend, daß wir Ihnen eine wichtige Mitteilung unter-schlagen haben, denn wenn wir nur den Namen Benno Freys nannten, waren Sie stets außer sich. Sie waren so schonungsbedürftig, daß wir nicht mehr wagten, von ihm zu sprechen. Ich sende Ihnen die Mitteilung nun nach, im Interesse der armen Mutter des Toten. — Benno Freys sterbliche Reste liegen ehrlich bestattet in der Nähe Ihres lieben Mannes.

Simmy nämlich war es, der in ihren ersten Krankheitsstagen meinem Mann keine Ruhe ließ, bis er mit ihm auf die Suche nach dem toten „Massa Frey“ ging. Nach ihrer Abreise ließen wir auf sein Grab einen Stein setzen. Wir hoffen, damit in Ihrem Sinn gehandelt zu haben. Sie können nun doch der armen Mutter sagen, wo ihr Liebling begraben liegt.“

Maria ließ das Schreiben sinken. Ein tiefer Seufzer hob ihre Brust. Es tat ihr weh — ihren ungerechten Groll besiegt zu sehen und Benno Frey anständig begraben zu wissen.

Ohne Zögern ging Maria daran, an Tante Rose einen Brief zu schreiben und ihr mitzuteilen, wo sie ihres Jungen Grab suchen konnte. So blieb ihr wenigstens erspart, der armen Mutter zu gestehen, wie schlecht sie Bennos treue Liebe ursprünglich gefolgt hatte. Sie schloß den Brief mit herzlichen Bitten um Verzeihung für Ulrich, dessen Leid um ihres Sohnes Tod sie in beweglichen Worten geschildert hatte.

Dieser Brief Marias blieb lange unbeantwortet; aber Maria war dennoch leichter um das Herz. An Ellen schrieb Maria einen herzlichen Dankbrief für die treue Freundschaft. Auf diese Art kam zwischen Maria und Engelmanns dann ein regelmäßiger Briefwechsel zustande.

Für die Bewohner des Hauses Talmittie kam schneller, als sie es wünschten, unter all den schmerzlichen Aufregungen der Tag heran, an dem die Gebelmrätkin mit Sack und Pack einzog.

Während Maria selbst zur Bahn gefahren war, trieb sich Brigitte im Garten herum und schnitt die letzten Ästern für einen neuen Kranz um Ulls Bild.

Hans Mittler hatte eine ganze Weile von seinem Fenster aus den stummen Beobachter gespielt. — Endlich wurde die Lust, mit Brigitte zu plaudern, riesengroß. Weit hing er sich aus dem Fenster und rief lustig hinunter: „Fräulein Brigitte, ich bin krumm und lahm vom Schreiben!“

(Fortsetzung folgt)



### Umschau in Karlsruhe

**Badisches Staatstheater** ehrt Shaw. Das Badische Staatstheater ehrt den verstorbenen großen irischen Dichter Bernard Shaw durch Neuinszenierung seines Mysteriums „Candida“. Regie Rudolf Hamacher. Das Werk wird im Anschluß an die Erstaufführung von Zuckmayers „Gesang im Feuerofen“ noch im Laufe dieses Monats herausgebracht.

**„Experimentier-Theater“** geht „Modernes Theater“ kommt. Nachdem das „Experimentier-Theater“ unter Leitung von Rolphe de la Croix sich mit einer völlig unzulänglichen Aufführung dieses Autors das Grab gegraben hat, hatten erfreulicherweise die Künstler selbst das Empfinden, daß solche Experimente nicht angebracht sind. Unter Frau Katren Lubba-Gebelein schlossen sie sich zum „Modernen Theater Karlsruhe“ zusammen, das sich bereits am 17. November mit Aristophanes „Lysistrata“ der Öffentlichkeit vorstellen wird. Weiter sind Aufführungen von Strindbergs „Frülein Julie“ und „Nicht ruhend, meine Damen“ von Sascha Guitry geplant. Der Erfolg der neuen Bühne bleibt abzuwarten.

**Kreisvorstand tritt aus DG-BHE aus** Karlsruhe (Jwb). Der Kreisvorstand der „Deutschen Gemeinschaft“ Karlsruhe hat in einem Schreiben an den Landesvorstand seinen Austritt aus der „Deutschen Gemeinschaft-BHE“ erklärt. Der Kreisvorstand der „DG“ Karlsruhe weist in seinem Schreiben darauf hin, daß die Kandidatenliste für die Landtagswahl fast ausschließlich von Nichtmitgliedern der „DG“ zusammengestellt worden sei. Dadurch seien die Heimatvertriebenen um ihr politisches Recht gebracht worden.

Auf der Mitgliederversammlung der DG — BHE, Kreisgruppe Karlsruhe, am 23. Okt. wurde zunächst der Kreisvorsitzende der Idad, Dr. Eugen Buchta, als Spitzenkandidat gewählt, ohne daß sich eine Stimme dagegen aussprach. Trotzdem versuchte eine Gruppe, die bisher der Organisation der DG — BHE ferngeblieben hatte, diese Aufstellung zu hintertreiben. Sie berief von sich aus, ohne die übrigen Mitglieder ordnungsgemäß einzuladen, für den 28. Okt. erneut eine Versammlung ein, auf der die Nichtmitglieder weitaus in der Überzahl waren. Dabei wurde Generaldirektor a. D. Samwer als neuer Spitzenkandidat präsentiert. Landesvorsitzender Dr. Matthes sandte daraufhin ohne Befragen des Landesvorstandes ein Telegramm ab, wonach lediglich die Liste Samwer anzuerkennen sei. Samwer war im Dritten Reich aktiver Generaldirektor in Karlsruhe und hatte in dieser Position Gelegenheit, den damaligen Steuerberater Dr. Matthes zu beschäftigen. Mit der Kapitulation verlor Samwer seinen Posten. Dr. Matthes aber wurde Finanzminister in Hessen, später Landesvorsitzender der DG — BHE. Die rechtmäßige Kreisgruppe der DG — BHE Karlsruhe anerkennt nicht die lediglich mit Stimmen der ihr bisher nicht Angehörigen nachträglich organisierte Wahl des Generaldirektors a. D. Samwer zum Spitzenkandidaten.

### Aus der badischen Heimat

**Brunnenbau durch Horizontalbohrungen** Mannheim (Jwb). Unter der Devise „Neuzeitlicher Brunnenbau durch Horizontalbohrungen“ hielt der Südwestdeutsche Wasserwirtschaftsverband in Mannheim eine Tagung ab. Der Präsident der Studiengesellschaft zur Grundwassernutzung, Wegenstein (Zürich), nannte als wesentliche Vorteile der horizontalen Grundwassererfassungen gegenüber den bisher gebauten vertikalen Rohrbrunnen die größere hydraulische Leistungsfähigkeit, die Betriebssicherheit und die Wasserqualität. Der erste Horizontalbrunnen wurde 1924 durch den kalifornischen Ingenieur Ranney für die Wasserwerke von London gebaut. Neben der Ranney-Methode haben sich auch andere Horizontalbohrsysteme zu Wort gemeldet. Von den Gesellschaften sind in den USA bis heute 200 Brunnen mit einer Gesamtlänge der Horizontalbohrungen von ca. 50.000 m bei einer totalen Ergiebigkeit von 50 cbm pro Sekunde gebaut worden.

In weiteren Vorträgen wurden die wissenschaftlichen, technischen und wasserwirtschaftlichen Grundlagen für den Bau von Horizontalbrunnen und die praktischen Erfahrungen mit der Ranney-Methode bei dem

ersten Bau von Horizontalbrunnen in Deutschland für die Wasserwerke und das Großkraftwerk in Mannheim behandelt.

**Ehepaar tot im Bett aufgefunden** Mannheim (Jwb). In Mannheim-Sandhofen wurde dieser Tage ein älteres Ehepaar tot im Bett aufgefunden. Die von Nachbarn verständigte Polizei mußte die von innen verriegelte Wohnungstür aufbrechen. Spuren, die auf einen gewaltsamen Tod schließen könnten, wurden nicht festgestellt. Die eigentliche Todesursache wird erst die Obduktion der Leiche ergeben.

### Amerikanisches Gericht billigt die Verhaftung von Bechtel und Berger

Heidelberg (Jwb). Das 5. amerikanische Distriktgericht in Heidelberg billigte in einer öffentlichen Verhandlung die Verhaftung der beiden Deutschen Heinrich Bechtel und Wilhelm Berger durch die amerikanische Militärpolizei. Das Gericht entschied, daß zur Verhaftung der beiden Deutschen, die wegen angeblicher Kriegsverbrechen an Frankreich ausgeliefert werden sollen, genügend Belastungsgründe vorliegen. Die beiden Deutschen werden daher weiter in Mannheim-Seckenheim in Haft bleiben. Wie der Richter P. E. Madden mitteilte, wird die amerikanische Auslieferungskommission am Dienstag in Frankfurt die Fälle der beiden Festgenommenen zum letzten Mal untersuchen.

Die württemberg-badische Regierung hatte das amerikanische Ansinnen, Bechtel und Berger sowie einem weiteren Deutschen zur Auslieferung an Frankreich zu verhaften, mit dem Hinweis abgelehnt, daß nach dem Grundgesetz Deutsche nicht einer ausländischen Macht übergeben werden dürfen. Daraufhin waren Bechtel und Berger von amerikanisches Militärpolizisten verhaftet worden. Bei der Verhandlung wurde auf die Einwände der Verteidigung gegen die Rechtmäßigkeit einer Auslieferung deutscher Staatsangehöriger erklärt, das Distriktgericht sei für diese Frage nicht zuständig. Derartige Bedenken müßten der amerikanischen Auslieferungskommission in Bad Nauheim vorgetragen werden.

Richter Madden betonte, außer wegen Kriegsverbrechen könne kein Deutscher von der Besatzungsmacht an einen anderen Staat ausgeliefert werden. Ehe die Auslieferungskommission einen Antrag auf Auslieferung genehmige, prüfe sie den betreffenden Fall eingehend.

Der Verteidiger — Dr. Fehsenbecker — wies darauf hin, daß nach Artikel 111 der amerikanischen Auslieferungsverordnung sei für diese Frage nicht zuständig. Derartige Bedenken müßten der amerikanischen Auslieferungskommission in Bad Nauheim vorgetragen werden.

### Zwei Schüler von Lokomotive getötet

Schwetzingen (Jwb). Zwei Schüler von zehn und elf Jahren wurden auf dem Gelände des Bahnhofs Schwetzingen von der Lokomotive eines D-Zuges erfaßt und auf der Stelle getötet. Ein dritter Junge konnte im letzten Augenblick von einem Bahnbeamten von der herannahenden Lokomotive zurückgerissen werden. Die drei Schüler hatten sich auf dem Bahngelände herumgetrieben

und dabei nicht bemerkt, daß sich ein Zug näherte.

### Erhard zur Wirtschaftslage

Heidenheim (Jwb). Bundeswirtschaftsminister Erhard sagte auf einer CDU-Wahlversammlung: trotz der bedauerlichen Störungen unserer wirtschaftlichen Entwicklung durch den Korea-Konflikt bestehe nicht die geringste Veranlassung, von dem als richtig erkannten Weg in der Wirtschaftspolitik abzuweichen. Der Minister versprach, daß die gegenwärtige Kohlenknappheit gerade so überwunden werde wie andere Schwierigkeiten. Die Gewerkschaft Bergbau habe sich bereit erklärt, Sonntagschichten zusätzlich zu fahren. Die Regierung habe Leistungsprämien als Anreiz ausgesetzt. Man rechne mit einer monatlichen Mehrproduktion von etwa einer Million Tonnen. Bundesminister Erhard berichtete ferner über den wirtschaftlichen Aufstieg in der Bundesrepublik.

### Vor einem „Fastnachtstreik“?

Freiburg. 150 Delegierte des Katholischen Männerwerks aus den Dekanaten Freiburg, Waldkirch, Breisach und Endingen forderten auf einer Konferenz in Freiburg, die zuständigen Stellen sollten im Hinblick auf die große Not vieler Bevölkerungskreise im Jahr 1951 sämtliche Fastnachtveranstaltungen auf beiden unumittelbar vor Fastnacht gelegenen Sonntage beschränken. Vor diesem Zeitpunkt sollen alle öffentl. Fastnachtsveranstaltungen verboten werden. Die Delegierten vertraten die Auffassung, auch die Gewerkschaften sollten sich an einem solchen „Fastnachtstreik“ beteiligen, weil die Existenz der Arbeiter und ihrer Familien nicht nur durch ungenügende Löhne, sondern ebenso durch übertriebene Genuß- und Vergnügungssucht in Frage gestellt werde.

### Ein Sonderlob dem Bodensee-Obst

Konstanz (SWK). Bei der Bundesobstausstellung in Stuttgart schnitt das Bodensee-Obst hervorragend ab. Das Preisgericht konnte bei Anlegung eines strengen Maßstabes in der Qualität, Sortierung und Verpackung nur schwer bewerten. Die Arbeitsgemeinschaft Bodensee-Obstbaugelände, welche die Kreise Konstanz, Überlingen, Stockach, Ravensburg und Tettnang umfaßt, erhielt je zwei Plaketten.

### Kreuz und quer durch Baden

Die amerikanische Jägervereinigung „Red and Gun“ in Heidelberg hat beschlossen, zu ihren Veranstaltungen Mitglieder deutscher Jagdklubs einzuladen. Dabei sollen gemeinsam interessierende Fragen der Jägerei besprochen werden.

Der Sinheimer Kreistag hat beschlossen, mit dem ersten Bauabschnitt der Landwirtschaftsschule in Eppingen zu beginnen. Zunächst soll das Verwaltungsgebäude der Schule gebaut werden.

In der Nähe von Schloßau wurden Waldarbeiter bei einem Reistgfeuer von einer plötzlichen Explosion zu Boden geschleudert. Die Untersuchung ergab, daß unter der Feuerstelle drei Artilleriegeschosse gelegen hatten, von denen eines in die Luft gegangen war. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.

### Dr. Maier zur Polizeifrage Stellungnahme zu den Vorfällen bei der CDU-Kundgebung im Althoff-Bau

Stuttgart (ZSH). Der württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Maier äußerte sich vor Pressevertretern über die Zwischenfälle bei der Rede des Bundeskanzlers auf der Wahlkundgebung der CDU in Stuttgart. Dr. Maier sagte, die Bewachung der Wahlversammlung sei lediglich eine Angelegenheit der Stuttgarter Polizei gewesen. Nach den bestehenden Rechtsvorschriften hätten weder die Landespolizei noch die Landesregierung damit irgendetwas zu tun. Bundesinnenminister Dr. Lehr habe ihm mitgeteilt, daß Presse- und Rundfunkmeldungen, die in diesem Zusammenhang veröffentlicht worden waren, unrichtig seien. Dr. Lehr habe lediglich gesagt, er werde sich bei politischen Versammlungen in Deutschland von den polizeilichen Verhältnissen persönlich überzeugen. Der Ministerpräsident erklärte zur Polizeifrage, seiner Meinung nach sei eine wesentliche Verbesserung der Polizeiverhältnisse in der Bundesrepublik nur zu erreichen, wenn die weitgehende Dezentralisation von Landes- und Gemeindepolizei eingeschränkt werde. Wenn dies gelinge, seien keine 30.000 Polizisten zusätzlich notwendig. In diesem Zusammenhang betonte Dr. Maier, das Land Württemberg-Baden habe die Bundesregierung bei ihren Bestrebungen zur Koordinierung der Polizei stets unterstützt.

### Württemberg-Baden förderte Bau von 70.000 Wohnungen

Stuttgart (UP). In Württemberg-Baden seien seit der Währungsreform 70.000 Wohnungen mit staatlichen Zuschüssen errichtet worden, sagte der Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen, Dr. Nowotny, während einer Besichtigungsfahrt durch Flüchtlingselendsquartiere und Neubausiedlungen. Das Land habe für den Wohnungsbau insgesamt 187,2 Millionen DM als erste Hypothek an Darlehen verausgabt. Hiervon stammten 56 Millionen DM aus Bundesmitteln und 19 Millionen DM aus ERP-Geldern. Etwa ein Drittel der neuen Wohnungen seien Flüchtlingen und Umsiedlern zugute gekommen. In Württemberg-Baden fehlten zur Zeit noch mehr als 300.000 Wohnungen. Von den 3,95 Millionen Einwohnern des Landes Württemberg-Baden leben nach den Angaben Dr. Nowotnys noch 11.618 in Massenunterkünften und 28.283 in wohnunwürdigen Häusern. 5245 Flüchtlinge sind gegenwärtig noch in staatlichen Lagern untergebracht. Von der Besatzungsmacht und der IRO sind noch 5469 Wohnungen beschlagnahmt.

### Deutsche Architekten renovieren Kasernen

Heilbronn (Jwb). Mehr als 20 deutsche Architekten sind von amerikanischer Seite mit dem Um- und Ausbau der jetzt in Heilbronn neu beschlagnahmten Kasernen beauftragt worden. Bei den vorgesehenen Arbeiten handelt es sich vorwiegend um Renovierungen sowie um den Bau von Messen, Bädern und Toiletten.

### Fortfall einzelner Steuererleichterungen

Das Bundesfinanzministerium gab bekannt, daß Steuererleichterungen im Lohnsteuer-Jahresausgleich nur dann anerkannt werden, wenn sie schon jetzt bei den zuständigen Finanzbehörden beantragt werden. Arbeitnehmer müssen damit rechnen, daß sie in diesem Jahre entstandene Sonderausgaben, Werbungskosten, außergewöhnliche Belastungen und die den Flüchtlingen, Fliegergeschädigten und anderen Gruppen noch zustehenden Freibeträge am Jahresende nur noch in besonderen Fällen geltend machen können. Solche Gründe werden voraussichtlich nur dann anerkannt werden, wenn ein Arbeitnehmer ohne sein Verschulden Aufwendungen oder Freibeträge dieser Art nicht schon während des laufenden Jahres geltend gemacht hat. Das Bundesfinanzministerium empfiehlt daher, die Eintragungen eines steuerfreien Betrages umgehend beim zuständigen Finanzamt zu beantragen. Für im Dezember 1950 entstehende Aufwendungen ist ein solcher Antrag nicht mehr nötig, da sie im Lohnsteuer-Jahresausgleich für 1950 geltend gemacht werden können.

# Die Meisten rauchen

# BRINKMANN